

Beschlussbuch

Landesausschuss der NRW Jusos
5. Juli 2020
im digitalen Raum



Inhaltsverzeichnis

LA Neu zum Landesausschuss eingegangene Anträge

LA1	UB Münster	Antisemitismus und (Anti-)Feminismus	3
LA2	UB Münster	Hauptsache dem Kind geht es gut? - Für mehr Selbstbestimmung der Frau*/Gebärenden bei der Geburt	8

F Feminismus, Gleichstellung, Diversität

F5	UB Köln	Gendergerechte und diversitätsorientierte Forschung: Gegen die Unterrepräsentation von Personengruppen in Pharmakologischen Studien	13
F7	Region Ostwestfalen-Lippe	Unterhaltsverweigerung ist kein Kavaliärsdelikt!	15

I Innenpolitik, Demokratie

I7	Region Ostwestfalen-Lippe	Ausweitung des Haar und Barterlasses der Bundeswehr	18
----	---------------------------	---	----

O Organisationspolitik

O1	UB Köln	SPD-Portal - Transparenz mit diesem Neuland Internet	20
----	---------	--	----

S Sozial- und Gesundheitspolitik

S4	UB Köln	Trinkwasser verfügbar machen	23
S7	UB Märkischer Kreis	Homöopathie raus aus der Kasse!	24
S9	Region Ostwestfalen-Lippe	Alleinerziehende steuerlich nicht vernachlässigen - Pauschalisierung des Entlastungsbetrages	25
S10	Region Ostwestfalen-Lippe	„Was kann ich dafür, dass ich in einer Pflegefamilie großwerde?“	26

LA Neu zum Landesausschuss eingegangene Anträge

LA Neu zum Landesausschuss eingegangene Anträge

LA1	UB Münster	Antisemitismus und (Anti-)Feminismus	3
LA2	UB Münster	Hauptsache dem Kind geht es gut? - Für mehr Selbstbestimmung der Frau*/Gebärenden bei der Geburt	8

Antisemitismus und (Anti-)Feminismus

1 Dass wir Jusos uns als feministischer Verband auch mit den unschönen Seiten des feministischen Dis-
2 kurses auseinandersetzen müssen, gehört dazu. In der Vergangenheit haben wir die Exkludierung von
3 Women of Color und der LGBTQIA*-Community im Feminismus diskutiert, eine Perspektive wurde je-
4 doch auch vernachlässigt: Der Antisemitismus des Feminismus. Eine Auseinandersetzung mit eben die-
5 sem ist jedoch unabdingbar. Politik, die zwar für Gleichstellung und das Ende des Patriarchats eintritt,
6 gleichzeitig jedoch antisemitische Ressentiments schürt, darf von uns nicht mitgetragen und kritiklos hin-
7 genommen werden. In der politischen Linken ist der Diskurs zum Nahost-Konflikt in zwei Lager geteilt.
8 Diese Perspektiven haben selbstverständlich auch Auswirkungen auf den Feminismus, als Teil des Lin-
9 ken Diskurses. Als politische Kraft ist es viel mehr unsere Aufgabe diese antisemitischen Strukturen und
10 Tendenzen aufzudecken und zu bekämpfen. Zunächst bildet dieser Antrag insofern einen Aufschlag der
11 Kritik am Antisemitismus des Feminismus.

12 Sinnvoll ist aber auch die Auseinandersetzung mit der ideologischen Verflechtung von Antisemitismus
13 und Antifeminismus, wie sie vor allem in rechten Strukturen stattfindet. Auch diesem Anliegen will der
14 vorliegende Antrag gerecht werden, indem er die Anschlussfähigkeit und das Mobilisierungspotential von
15 rechten Gruppen anhand antisemitischer und antifeministischer Ressentiments aufzudecken versucht.

16 Die Debatte um Antisemitismus im Feminismus und die Verquickung von Antisemitismus und Antifemi-
17 nismus muss immer von uns Jungsozialist*innen bespielt werden. Denn unser Kampf um die Gesellschaft
18 der Freien und Gleichen beinhaltet neben dem feministischen, immer auch den Kampf gegen jeden Anti-
19 semitismus! Der vorliegende Antrag behandelt beide Themenfelder in einem, denn Antisemitismus stellt
20 eine Ideologie dar, die Anschluss in allen politischen Debatten findet, ebenso wie der Feminismus. Dass
21 antisemitisches Denken und Handeln also auch im Zusammenhang mit (Anti-)feminismus stehen kann,
22 ist keine revolutionäre Erkenntnis, wohl aber eine notwendige.

23 **Zum Antisemitismus im Feminismus** Wider die Kritiklosigkeit!

24 Natürlich spielt für uns Theoriearbeit eine wichtige Rolle. Um unseren jungsozialistischen Feminismus
25 zu verorten und an der politischen, wie zivilgesellschaftlichen Debatte kompetent Teil haben zu können,
26 reicht es für uns nicht, die leere Forderung nach dem Ende des Patriarchats zu stellen. Wir Jusos haben
27 eine detaillierte Vorstellung davon, wie dieses Ziel genau zu erreichen ist und scheuen uns in diesem Zu-
28 sammenhang auch nicht davor die Auseinandersetzung mit feministischer Theorie zu suchen. Für uns ist
29 das Spannungsfeld des materialistischen Feminismus, des intersektionalen Ansatzes und des Queerfe-
30 minismus nicht abschreckend, sondern eine Chance. Teil unseres Bildungsauftrags ist auch immer, diese
31 beiden, für den Feminismus so wichtigen Theorien, ständig neu zu diskutieren und die für uns wichtigs-
32 ten Punkte in unsere politische Arbeit einfließen zu lassen. Der vorliegende Antrag versteht sich explizit
33 nicht als Positionierung innerhalb dieses Spannungsfeldes. Vielmehr möchte er den Umgang auch unse-
34 res Verbandes mit antisemitischen Feminist*innen und ihrer (theoretischen sowie aktivistischen) Arbeit
35 in die Debatte einfügen.

36 Gerade im Queerfeminismus sind antisemitische Stimmen laut. Kritik an diesem antisemitischen Aktivis-
37 mus ist zwar nichts neues, wird aber häufig abgetan. So bezeichnete etwa Aleida Assman Vorwürfe gegen
38 Judith Butler, Begründerin der Queertheorie, als "Nebelbombe" [1]. Diese Nebelbombe solle dabei ledig-
39 lich verhindern, die Probleme, die Butler mit ihrer Theorie aufwirft, zu diskutieren. Schnell entkräften lässt

40 sich dieser Vorwurf insofern er selbst die mangelnde Kritikfähigkeit der betreffenden Personen offenbart
41 und eben nicht aus antifeministischer Richtung gestellt wird, wie es etwa Assman impliziert.

42 Auch das Argument, jüdische Feminist*innen wie Butler könnten nicht antisemitisch sein, kann keine ad-
43 äquate Antwort auf den Antisemitismusvorwurf sein. Genauso wie Menschen mit Migrationsgeschichte
44 rassistisch und Frauen* [2] sexistisch agieren können, können jüdische Menschen antisemitische Argu-
45 mentationsmuster bedienen. Auch die Sichtweise, emanzipatorisches Engagement sei unvereinbar mit
46 Antisemitismus offenbart sich als substanzlos, betrachtet man Feminist*innen wie Angela Davis, die sich
47 wiederholt gegen das Existenzrecht Israels positioniert und dies dabei immer mit ihrer Solidarität mit
48 Palästinenser*innen begründet und zu rechtfertigen versucht.

49 Häufig angebracht, aber niemals richtig, kann ebenso die Anmerkung sein, dass die deutsche Linke eine
50 Ohnmacht gegenüber Israel entwickelt habe, und zwar aufgrund der deutschen Schuld, der Shoah. Laurie
51 Penny etwa brachte dieses Argument an, um auf Vorwürfe aufgrund ihrer Solidarität mit der BDS (Boycott,
52 Divestment and Sanctions) Bewegung zu reagieren. Von einer solchen Ohnmacht kann jedoch auf keinen
53 Fall die Rede sein. Nicht nur, dass sich auch in der deutschen Linken antisemitische und antiisraelische
54 Ressentiments und Politiken en masse finden. Darüber hinaus ist legitime Kritik an einzelnen israelischen
55 Politiker*innen und Politiken mit Nichten gleichzusetzen mit Antizionismus und Antisemitismus, wie ihn
56 Aktivist*innen wie Penny und Butler betreiben. Die Vorstellung vieler antisemitisch aktiver Feminist*innen
57 beruht auf der Einstellung, Feminismus müsse immer denen helfen, die unterdrückt werden, wie bspw.
58 Frauen* im Patriarchat. Diese Vorstellung wird häufig unterkomplex auf den Nahostkonflikt übertragen
59 und die Palästinenser*innen als die Unterdrückten gegenüber den Israelis wahrgenommen. Aus dieser
60 Wahrnehmung speist sich häufig dann das Engagement in der BDS Bewegung.

61 Unsere jungsozialistische Position muss sein, dass auch Glanzfiguren des feministischen Diskurses nicht
62 erhaben gegen jedwede Kritik sein können, nur weil sie mit ihren feministischen Theorien neue Maßstä-
63 be im Kampf gegen das Patriarchat setzen. In diesem Zusammenhang ist auch ein kritischer Umgang mit
64 den führenden Aktivist*innen des Women's March aus den USA angebracht: Die Feminist*innen Linda
65 Sarsour, Carmen Perez und Tamika Mallory unterstützen den BDS, zeigten sich wiederholt nicht gewillt,
66 sich von diesem zu distanzieren und pflegen Verbindungen mit dem Antisemiten Louis Farrakhan. Ein
67 Kampf um Gleichberechtigung, der Jüd*innen ausschließt, ist kein solidarischer, also auch kein jungso-
68 zialistischer. Diese Kritik zeigt dabei ganz deutlich: Nicht nur in der feministischen Theoriearbeit ist eine
69 Auseinandersetzung mit Antisemitismus nötig, auch in Bündnissen. Dabei finden sich antisemitische Ten-
70 denzen und Akteur*innen nicht nur im US-amerikanischen Aktivismus. Auch breite zivilgesellschaftliche
71 Bewegungen und Bündnisse in Deutschland wie #Ausnahmslos und Unteilbar müssen sich dieser Kritik
72 ausgesetzt sehen.

73 Antizionismus ungleich Antisemitismus?

74 Nicht nur im Umgang mit dem Vorwurf des Antisemitismus im Feminismus kommt häufig die Erklärung
75 auf, es handele sich nicht um Antisemitismus, sondern lediglich um Antizionismus und damit 'legitime
76 Israelkritik'. Doch was impliziert diese Abgrenzung des Antisemitismus zum Antizionismus als 'legitime
77 Kritik' am State Israel? Vor allem, dass eine Unterstützung einer Kampagne wie der BDS Bewegung, wie
78 sie Butler, Sarsour, Penny und co. betreiben, 'legitim' und damit nicht zu kritisieren sei. Dass wir Jusos
79 den BDS jedoch als zutiefst antisemitisch identifiziert haben, ist keine neue Erkenntnis. Unvereinbar ist
80 für uns eine Solidarität mit dem BDS und unserer Solidarität mit Israel. Eine Bewegung die öffentlich das
81 Existenzrecht des einzigen jüdischen Staates und der einzigen Demokratie im Nahen Osten abspricht,
82 ist niemals 'legitim'. Wer auch immer die Augen davor verschließt, akzeptiert wissentlich eine Bewegung,
83 deren Aktivist*innen sich immer wieder in Vernichtungsphantasien gegenüber Israel und dem Judentum
84 verlieren.

85 Auch jenseits des BDS muss man antisemitische Ideologie von Kritik an einzelnen israelischen Politiker*in-
86 nen und Politiken abgrenzen. Eine 'Kritik', die sich pauschal gegen Jüd*innen oder Israel richtet, ist weder

87 fundiert noch kann sie sich dem Antisemitismusvorwurf erwehren. Deutlich wird, dass es sich bei den
 88 in diesem Antrag kritisierten Feminist*innen eben nicht nur um legitime Kritiker*innen des israelischen
 89 Staates handelt, wenn man bedenkt wie sie diese Kritik formulieren und wie sie sich für Kritik an anderen
 90 Staaten einsetzen. Zu letzterem Punkt fällt vor allem auf: Dies tun sie entweder gar nicht oder in einer
 91 anderen Vehemenz. Die 'Kritik', wie sie am israelischen Staat angebracht wird, wird mit den Rufen nach
 92 Boykott, Deinvestment und Sanktionen in einer Schärfe vorgebracht, wie sie sich so in Bezug auf keinen
 93 anderen Staat wiederfindet. Wenn diese 'Kritik' dann auch noch Israel ähnliche Taten, wie die Grausam-
 94 keit der Shoah vorwirft, ist sie erst recht nicht legitim. Niemals kann eine Barbarei wie die Shoah Vergleich
 95 für Ereignisse im Nahostkonflikt sein, stellt diese Art der Kritik doch immer eine Relativierung eben dieser
 96 dar.

97 Die Feminist*in von der Aktivist*in trennen?

98 Dem Argumentationskniff, Feminist*innen von ihrem sonstigen politischen Engagement und Standing zu
 99 trennen, ist eine klare Absage zu erteilen! Als Feminist*in ist man immer Aktivist*in und zwar im gesamt-
 100 gesellschaftlichen Sinne, denn der Feminismus ist ein Querschnittthema, das Anschluss in jedem anderen
 101 politischen und gesellschaftlichen Diskurs findet und auch finden soll. Außerdem stellen gerade feminis-
 102 tische Größen wie Butler oder die Popfeministin Penny, Personen mit großer öffentlicher Beachtung dar.
 103 Jedwedes andere aktivistische Engagement, das vermeintlich nicht unter der Flagge des Feminismus ge-
 104 führt wird, ist untrennbar mit der Person, also dem*r Feminist*in verbunden. Die Öffentlichkeit, die gera-
 105 de prominente und im (feministischen) Diskurs gefeierte Akteur*innen erhalten, erhalten sie zwangsläufig
 106 auch in ihrem antisemitischen Aktivismus.

107 Unsere jungsozialistische Kritik am antisemitischen Feminismus

108 Unsere Analyse der antisemitischen Strukturen und Tendenzen im Feminismus geht unseren Forderun-
 109 gen voraus:

- 110 • Für uns stellt der Antisemitismus einen integrierenden Faktor in der antikapitalistischen, sowie fe-
 111 ministischen Szene dar. Kämpfer*innen gegen diesen Antisemitismus befinden sich zumeist in der
 112 Unterzahl und sehen sich unfundierter Gegenkritik ausgesetzt. Wir Jusos stellen uns als Teil dieser
 113 Kämpfer*innen solidarisch an ihre Seite. Dabei zeigen wir uns ebenso solidarisch mit jüdischen
 114 Feminist*innen, die sich israelsolidarisch engagieren. Judith Butler und Laurie Penny sind bei wei-
 115 tem nicht die einzigen Jüd*innen im feministischen Diskurs, häufig aber die einzigen, die genannt
 116 werden. Dass sie Jüd*innen sind, ist aber vor allem immer dann von Bedeutung für den Diskurs,
 117 wenn es darum geht, Kritik an ihrem Antisemitismus, abzuwehren. Für uns ist klar: Zionismus und
 118 auch das Judentum sind mitnichten unvereinbar mit dem Feminismus. Das zeigen uns jüdische
 119 Feminist*innen wie Debora Antmann.
- 120 • Unser feministischer Kampf ist immer der Kampf um die Gesellschaft der Freien und Gleichen. Da-
 121 bei denken wir immer das Engagement gegen jeden Antisemitismus mit. Deshalb ist für uns kein
 122 unreflektiertes Nutzen von feministischen Texten und Positionen von bekannten antisemitischen
 123 Feminist*innen möglich. Antisemit*innen, BDS-Aktivist*innen und jene, die sich hinter dem Argu-
 124 ment des Antizionismus verstecken, können nicht Teil unseres feministischen Kampfes sein. Na-
 125 türlich wollen wir nicht den Eindruck erwecken, dass wichtige emanzipatorische Arbeit wie die von
 126 Angela Davis, oder aber die Queertheorie von Judith Butler bei unserer (feministischen) Bildungs-
 127 arbeit in Zukunft außen vor gelassen werden, wenn jedoch Texte von Antisemit*innen genutzt
 128 werden, dann soll dies immer mit einer gleichzeitigen Auseinandersetzung ihres antisemitischen
 129 Aktivismus passieren.
- 130 • Scharf weisen wir Kritik wie die der "Nebelbomben"-Argumente zurück. Unser Kampf gegen das
 131 Patriarchat ist für uns immer ein solidarischer, jedoch nicht mit beinharten Antisemit*innen, die
 132 sich jeder Kritik verweigern. Wohl aber mit jenen, die sich in Bündnissen einbringen, die zwar kein

133 antisemitisches Programm verfolgen, in denen sich aber auch Antisemit*innen einbringen. So zum
 134 Bsp. #Unteilbar. In diesen Bündnissen wollen wir uns soweit es möglich ist einbringen, auch um
 135 die Kritiker*innen und das Sprachrohr zu sein, das den Antisemitismus im Feminismus anspricht
 136 und nicht müde wird, dies zu tun. Teil dieses Auftrags ist natürlich auch unsere Bildungsarbeit,
 137 die in der feministischen Debatte immer auch die Solidarität mit Israel und Jüd*innen mitdenken
 138 muss.

139 • Doch wie kann die Zusammenarbeit mit Bündnissen, die für Emanzipation eintreten, die jedoch
 140 Antisemit*innen in ihren Reihen zu ihren Unterstützer*innen zählen, aus jungsozialistischer Sicht
 141 aussehen? Wichtig ist, sich in diesem Zusammenhang nicht durch die Angst vor dem Ende solcher
 142 Bündnisse allein leiten zu lassen. Vielmehr muss es darum gehen, dass ein Konsens gefunden
 143 wird, mit dem alle Akteur*innen leben können und der die gemeinsame Arbeit zu einem überge-
 144 ordneten Thema ermöglicht, ohne dass dabei antisemitische Ideologie reproduziert wird. In vielen
 145 Bündnissen bereits durchgesetzt, sind dabei Kompromisse wie die Einigung, auf den Einsatz von
 146 Nationalflaggen auf Demos zu verzichten. Mit solchen Kompromissen können wir leben, insofern
 147 sie für alle in gleichem Maße gelten, nicht jedoch, wenn sie sich bspw. nur auf die israelische Flagge
 148 beziehen.

149 **Zum Zusammenspiel von Antifeminismus und Antisemitismus**

150 Die Antisemitische Ideologie

151 Angriffe auf Jüd*innen, Synagogen und jüdische Einrichtungen häufen sich. Nicht erst seit dem Anschlag
 152 in Halle sollte klar sein: Jüdisches Leben ist (in Deutschland) bedroht, Jüd*innen erfahren Anfeindungen
 153 und Diskriminierung alltäglich. Dass es der Staat dabei nicht ausreichend schafft, dem erfolgreich entge-
 154 genzuwirken, ist ein Armutszeugnis. Dass die Angriffe dabei zu einem großen Teil von rechts kommen,
 155 könnte Teil des Problems sein. Schon lange kritisieren wir Jusos, dass der Verfassungsschutz, wie auch die
 156 Polizei die Gefahr von rechts mit dem Argument der linksextremen Gewalt wiederholt relativieren. Das
 157 blinde rechte Auge ist dabei auch in der Gesellschaft verbreitet. Dem stellen wir Jungsozialist*innen uns
 158 deutlich entgegen!

159 Mit dem Verschieben des politischen, sowie gesellschaftlichen Diskurses nach rechts entstand auch eine
 160 verschärfte Bedrohungssituation für Jüd*innen. Denn die antisemitische Ideologie ist noch immer Grund-
 161 struktur und integrierender Punkt für rechte Strukturen. Dabei bedienen sich rechte Akteur*innen jedoch
 162 auch Rassismus und Antifeminismus und erzeugen so Synergieeffekte, die letzten Endes alle dazu führen,
 163 die antisemitische Ideologie weiter zu verbreiten.

164 Rassismus und Antifeminismus als Anknüpfungspunkt

165 Bei Rechtsextremist*innen wie aus Halle, Christchurch oder Oslo findet sich immer wieder ein ganz be-
 166 stimmtes ideologisches Netz, welches aus Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus geknüpft wird.
 167 Gehandelt wird gemäß der Vorstellung, der Feminismus sei eine Erfindung des Weltbeherrschenden Ju-
 168 dentums und führe dazu, dass die Geburtenrate in der westlichen Welt zurück gegangen sei. Dadurch
 169 käme es folglich zur 'Umvolkung' durch Migrant*innen. Deutlich wird in dieser perfiden Verschwörungs-
 170 erzählung vor allem eins: Antifeminismus und Rassismus werden benutzt um antisemitisches Denken zu
 171 begründen. Der Kampf gegen Antisemitismus muss also auch immer ein Kampf gegen rechts sein.

172 Interessant in diesem Zusammenhang ist jedoch die Erkenntnis, dass auch der Kampf gegen Antifemi-
 173 nist*innen Potenzial für den Kampf gegen Antisemit*innen sein kann, bedenkt man, dass beides in Kom-
 174 bination auftreten kann. Besonders bei den sogenannten INCELS (involuntary celibate) trifft Frauen*hass
 175 auf Antisemitismus und Rassismus. In der Bewegung wännen sich Männer* in der Vorstellung, sie hätten
 176 einen Anspruch auf sexuelle Befriedigung durch Frauen*, der ihnen unrechtmäßig verwehrt bliebe. Der
 177 Hass auf Jüd*innen und auch Menschen mit Migrationsgeschichte ist dabei auch kein seltenes Phänomen.

178 Besonders in Internetforen tauschen sich die INCELS aus und stacheln sich gegenseitig auf. Immer wie-
179 der verüben Mitglieder dieser eingeschworen Gemeinschaft auch Angriffe auf die Gesellschaft, motiviert
180 durch Frauen*hass und Antisemitismus.

181 Der instrumentalisierte Feminismus - Die neue rechte Methode

182 Besonders die Neue Rechte bedient sich einem Antifeminismus, der ihren Antisemitismus und Rassismus
183 verschleiern soll und so ihr Mobilisierungspotential erhöht. Kampagnen etwa der Identitären Bewegung,
184 die den Schutz von 'deutschen' Frauen* fordern, sind dabei angeblich feministische Aktionen, die in Wahr-
185 heit jedoch aus rassistischen und antisemitischen Ressentiments heraus verübt werden. Diese Aktionen
186 als das zu enttarnen, was sie eigentlich sind, ist Aufgabe von uns Jusos. Wenn einzelne Gruppen sich
187 zusammenschließen, weil sie durch ihren gemeinsamen Antifeminismus, Rassismus und vor allem Anti-
188 semitismus gemeinsame programmatische Aufstellung beziehen können und so auch in der Gesellschaft
189 eine breitere Zustimmungsfäche darstellen, muss es die politische Linke sein, die diese ganz spezielle
190 Gefahr des rechten Spektrums enttarnt und bekämpft. Dass der Feminismus dabei nur als Mittel zum
191 Zweck gesehen und genutzt wird, um Antisemitismus und Rassismen zu verbreiten, wird unserer jungso-
192 zialistischen Idee eines solidarischen und inklusiven Feminismus nicht gerecht.

193 Unser Umgang

194 Unsere Forderungen im Angesicht von Synergien durch die Vermischung von Antisemitismus, Rassismus
195 und Antifeminismus lauten daher:

- 196 • Wir erkennen die antisemitische Ideologie der Rechten und unser Kampf gegen sie richtet sich im-
197 mer auch gegen ihren Antifeminismus und Rassismus. Unser Feminismus ist immer ein inklusiver
198 und versteht sich exklusiv als Gegenangebot zum rechten Diskurs und rechten 'Feminismus'!
- 199 • Wir wollen die vollumfängliche ideologische Färbung rechter Gewalt stärker in unsere Öffentlich-
200 keitsarbeit aufnehmen. Wenn Akteur*innen der inneren Sicherheit diese Aufgabe nicht wahrneh-
201 men, dann wollen weiterhin auf die Wichtigkeit dieser Aufgabe pochen. Deshalb setzen wir uns
202 dafür ein, das Wissen um die vermehrten antisemitischen Angriffe in der Gesellschaft zu erweitern
203 und wollen wo auch immer wir können über das Zusammenspiel von Antisemitismus, Antifeminis-
204 mus und Rassismus aufmerksam machen.
- 205 • Antisemitisch motivierte Straftaten werden aus verschiedenen Gründen nicht ausreichend durch
206 Statistiken erfasst. Unter anderem ist ein Problem, dass bei Mehrfachdelikten nur der Delikt mit
207 der höchsten Strafandrohung in die Statistik aufgenommen wird. Ebenso ist in der Praxis ein häu-
208 figes Problem der zeitliche Aufwand, den die Registrierung einer Straftat im System für Polizeibe-
209 amt*innen bedeutet. Aus praktischen Gründen wird dann schon mal darauf verzichtet, sämtliche
210 Facetten eines Falls aufzunehmen. In der Tendenz werden dann offensichtliche (sichtbare) Merk-
211 male registriert, auf den ersten Blick vielleicht nicht sichtbare Merkmale wie Antisemitismus eher
212 nicht. Dadurch entsteht ein extrem verzerrtes Bild. Es liegt in unserem Interesse das Ausmaß der
213 antisemitischen Straftaten besser zu erfassen. Eine Möglichkeit dies in Zukunft besser zu tun ist
214 beispielsweise alle bekannten Delikte aufzunehmen, auch jene, die bisher gestrichen werden, weil
215 es sich um Mehrfachdelikte handelt.

216 Gemeinsam wollen wir diskutieren, wie Internetforen wie die der INCELS in Zukunft besser kontrolliert
217 und geschlossen werden können. Dabei geht es keineswegs um eine Zensur, sondern schlicht und ergrei-
218 fend darum, das Internet nicht zu einem rechtsfreien Raum werden zu lassen, wenn es um antisemitische,
219 rassistische und antifeministische Äußerungen und Aufrufe geht.

220 [1] <https://taz.de/!5084212/>

221 [2] Mit * sind alle gemeint, die sich von der binären Einteilung nicht repräsentiert fühlen und das Gefühl
222 haben mit der binären Bezeichnung 'Frau' nicht getroffen zu werden.

Hauptsache dem Kind geht es gut? – Für mehr Selbstbestimmung der Frau*/Gebärenden bei der Geburt

1 Inhaltswarning: Dieser Antrag behandelt unter anderem das Thema Gewalt bei der Geburt und schildert
2 auch Gewalterfahrungen unter der Geburt (insbesondere die Zeilen 80-119).

3 Nein heißt Nein! Und zwar auch im Kreißsaal. Von Freund*innen und Bekannten entsteht immer mehr der
4 Eindruck, dass die Geburt zu einem traumatisierenden Erlebnis für werdende Eltern werden kann. Statis-
5 tiken sprechen davon, dass in Deutschland etwa 40 bis 50 Prozent der Mütter von psychischer und/oder
6 körperlicher Gewalt bei der Geburt betroffen sind. Auch die WHO hat sich bereits dem Thema angenom-
7 men und dennoch gibt es zu wenig mediale und politische Aufmerksamkeit für das Thema. Doch warum
8 eigentlich? Ist doch die Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen entweder selbst oder indirekt
9 von dem Thema Geburt betroffen. Es wird viel über fehlende Kita-Plätze, steuerliche Förderungen von
10 Familien oder Herdprämien diskutiert, aber auf den Sektor der Geburt kommt niemand zu sprechen.
11 Vielleicht, weil dann deutlich würde, dass die Zustände auf den Geburtsstationen in einigen Gegenden ka-
12 tastrophal sind. Bemühungen, dem demografischen Wandel entgegenzuwirken, laufen ins Leere, solange
13 ein Gesundheitssystem aufrechterhalten wird, das den Ursprung, die Geburt eines Kindes, erschwert.

14 **Das deutsche DRG-System und strukturelle Probleme**

15 In Deutschland gilt seit 2003 ein Klassifikationssystem, bei dem bestimmte Krankenhausfälle diagnose-
16 bezogenen Fallgruppen zugeordnet und dementsprechend abgerechnet werden. Kurzum: das G-DRG-
17 System (engl. Abkürzung für *German Diagnosis Related Groups*). In der Theorie klingt an diesem System
18 erstmal alles ganz logisch und fair. Das Budget einer Klinik berechnet sich nach der Anzahl seiner Pati-
19 ent*innen und dem Aufwand der Behandlung. So sollen faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den
20 Kliniken geschaffen werden und sich leistungsfähige Kliniken am Ende durchsetzen. Alles natürlich mit
21 dem Ziel eine gleichmäßige und hohe Qualität der Versorgung zu günstigen Preisen zum Wohl der Pati-
22 ent*innen herauszubilden. Dass der klinische Alltag oftmals anders aussieht und Kliniken völlig überlastet
23 sind, zeigt sich in zahlreichen Berichten von Ärzt*innen und Klinikpersonal.

24 Der Vorrang ökonomischer Ziele und ein marktgerechtes Verhalten zwingt Kliniken Kosten beständig zu
25 senken, um noch effizienter zu wirtschaften. Abläufe werden vereinfacht, verbilligt und es wird am Perso-
26 nal gespart. Prekäre Arbeitsverhältnisse, Missachtung von fachlichen Standards und Patient*innen für die
27 wenig Zeit bleibt, sind die Folge. Besonders der pflegerische und therapeutische Personalschlüssel wird
28 stark abgesenkt. Die zunehmende Ökonomisierung und Kommerzialisierung von Klinik und Gesundheits-
29 wesen verändert die Ärzt*in-Patient*in-Beziehung. Auch der deutsche Ethikrat äußerte sich bereits zu
30 dem Thema und sieht das Patient*innenwohl in Gefahr. Durch das Fallpauschalensystem werden Fehlan-
31 reize geschaffen, was dazu führt, dass gut organisierte und stark spezialisierte Fachkliniken mit planbaren
32 Behandlungen und mit wenig Notfallbehandlungen an Personal und Lohn sparen und ihre Patient*innen
33 stark selektiv auswählen können. Dadurch können sie deutlich höhere Gewinne erwirtschaften. Ökono-
34 misch unattraktive Fachabteilungen wie die Geburtshilfe werden abgebaut. Nach Angaben der Bundes-
35 regierung ist die Anzahl der Kliniken, die eine Geburtsstation führen, von 880 im Jahre 2006 auf 690 im
36 Jahr 2016 gesunken. Trend anhaltend. Die Vergütungsweise im Fallpauschalensystem belohnt medizini-
37 sche Eingriffe. Wird versucht diese zu vermeiden, wie häufig gewünscht, gibt es weniger Geld. Die Präsenz
38 von einem fachkundigen Team und viel Aufmerksamkeit für die Gebärende sind letztlich die hohe Kunst in
39 der Geburtshilfe, aber finanziell unattraktiv. Ein kurzes Rechenbeispiel verdeutlicht das ganz deutlich: Eine

40 ganz normale Geburt einer gesunden Mutter, die ein gesundes Kind am Termin zur Welt bringt, wird mit
41 ungefähr 2.000 Euro vergütet. Ein ganz normaler Kaiserschnitt bringt dagegen knapp 3.000 Euro. Wäh-
42 rend jedoch der Kaiserschnitt im Regelfall nach 30 Minuten vollbracht ist, kann sich die vaginale Geburt
43 über 15 Stunden oder mehr hinziehen. Kaiserschnitte lassen sich so auch besser in den organisatorischen
44 Ablauf von Kliniken integrieren.

45 Der Kostendruck trifft also besonders Geburtsstationen, denn das System schafft Anreize zur effizienten
46 Leistung. Umso komplizierter der Fall umso höher die Vergütung. So wird das Neugeborene schon vor
47 seiner Geburt zu einem Teil des Wirtschaftskreislaufs, ein Kreislauf, welcher auf Ertrag und nicht auf Be-
48 darf ausgelegt ist. Eine interventionsfreie Geburt lohnt sich wirtschaftlich gesehen nicht. So finden nur
49 noch 6 Prozent der Geburten ohne Eingriffe statt. Die Fokussierung auf die Technik stellt die Empfindun-
50 gen der Frau*/Gebärenden in den Hintergrund. Es geht darum Ressourcen, wie z.B. den OP-Saal optimal
51 ausgelastet zu haben oder es wird gezielt mit Mitteln zur Wehenförderung eingegriffen, um die Personal-
52 einsparungen aufzufangen. Im Vergleich zu Geburtshäusern, wo Geburten meist über 12 Stunden dauern,
53 sind es in Kliniken bloß 8 Prozent.

54 **Der Markt regelt eben nicht alles zum Besten!**

55 Die Geburtsstationen sind überlastet. Es müssen ständig schwangere Frauen*/Gebärende aufgrund von
56 Personalengpässen an andere Kliniken verwiesen werden. Selbst unter Wehen und mit Voranmeldung.
57 Ärzt*innen und Hebammen beklagen, dass sie unter den derzeitigen Bedingungen die eigenen Ansprü-
58 che an die medizinische Versorgung, eine patient*innenfreundliche Organisation und den Umgang mit
59 Mitarbeiter*innen nicht mehr gerecht werden können. Und die Lage spitzt sich mit weiteren Schließungen
60 von Geburtsstationen immer mehr zu. Die Geburtshilfe ist aufgrund von strukturellen Problemen unterfi-
61 nanziert. So werden Frauen*/Gebärende nach der Geburt möglichst schnell wieder entlassen, denn Kran-
62 kenhausbetten sind teuer – und um die Nachsorge könnten sich ja eigentlich die Hebammen kümmern.
63 Versicherte Frauen*/Gebärende haben nämlich sowohl während der Schwangerschaft als auch 12 Wo-
64 chen nach der Entbindung ein Recht auf die Betreuung durch eine Hebamme. Wäre da nicht das nächste
65 Problem, dass es auch nicht genügend Hebammen gibt. So begeben sich schwangere Frauen*/Gebä-
66 rende bereits mit dem Schwangerschaftstest in der Hand vergeblich auf Hebammensuche. Am meisten
67 leiden darunter die Frauen*/Gebärenden aus wirtschaftlich schwachen Regionen oder mit Migrationshin-
68 tergrund. Durch unzureichende Kenntnisse über eben dieses Recht auf Hebammenbetreuung haben sie
69 das Nachsehen, da sie im Vergleich zu spät mit der Suche beginnen und dann erfahren müssen, dass sie
70 keine Hebamme mehr finden können, die Zeit für sie hat. Der Hebammenmangel ist bereits bekannt und
71 viel diskutiert. Die, durch den Gesundheitsminister Jens Spahn, geplante Akademisierung des Hebam-
72 menberufs wird von den Hebammenverbänden begrüßt, packt das Problem jedoch nicht an der Wurzel.
73 Steigende Haftpflichtprämien und zunehmende Bürokratisierung in der Geburtshilfe schrecken ab den
74 Beruf überhaupt zu erlernen. Auch die Entlohnung wird der zu tragenden Verantwortung nicht gerecht.
75 So verdient eine freiberufliche Hebamme, die im Krankenhaus im Schichtdienst arbeitet an einer Geburt
76 165,60€ (mit Nachtzuschlag 198,64€). Haftpflichtprämien haben sich von 2002 bis 2017 verzehnfacht.
77 Wenn es bei einer Geburt zum Beispiel zu Sauerstoffmangel und deswegen zu einer Behinderung des
78 Kindes kommt, dann klagen Renten- und Krankenversicherung den Schaden bei der Haftpflichtversiche-
79 rung der Hebamme ein. Betrachtet man dann welchem Stress die Hebammen ausgesetzt sind, ist der
80 Mangel nicht verwunderlich. In anderen EU-Ländern wie beispielsweise Norwegen betreut eine Hebam-
81 me pro Jahr 35 bis 50 Geburten. In Deutschland sind es hingegen 120 Geburten. Die Bundesregierung will
82 einen Hebammenmangel offiziell nicht bestätigen. Mit der Einschätzung dürfte sie wohl allein dastehen.

83 **Was hat das mit der Selbstbestimmung der Frau*/Gebärenden zu tun?**

84 Leidtragende von diesen strukturellen Problemen sind Frauen*/Gebärende. Dass die Situation der Geburt
85 dabei eine ganz besondere ist, wird sich im Folgenden zeigen. Gebärende haben erstmal ganz grundsätz-
86 lich, wie alle Menschen, das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es muss klar sein, dass die Frauen*/Ge-

87 bärenden, die Umstände, in denen sie ihr Kind zur Welt bringen wollen, frei wählen können. Dabei spielen
88 Empathie, Respekt und das Gefühl wirklich gesehen und ernst genommen zu werden eine große Rolle.
89 Die Frau*/Gebärende befindet sich in einer der anstrengendsten und schmerzhaftesten Phasen ihres
90 Lebens. Wie kann es da verantwortet werden, dass sie übergangen, gedrängt oder Entscheidungen ge-
91 gen ihren Willen getroffen werden. Die Geburt wird dann traumatisch, wenn Frauen*/Gebärende nicht
92 in Entscheidungsprozesse einbezogen oder über medizinische Vorhaben unzureichend oder gar nicht in-
93 formiert werden. Es geht darum, dass sie gestärkt aus dem Geburtsprozess hervorgehen kann, denn es
94 geht eben nicht nur um die Gesundheit des Kindes. Jedoch sind sich besonders bei einer ersten Geburt
95 Frauen*/Gebärende unsicher was normal ist und wie ihre Rechte aussehen. Das Thema Gewalt in der
96 Geburtshilfe ist schambelastet. Schmerzen, erfahrener Kontrollverlust und Gewalterfahrungen werden
97 häufig nicht thematisiert. Die Psychologie ist sich schon lange einig, nicht nur physische Gewalt führt zu
98 einer Traumatisierung. Jede Situation, die eine absolute Hilflosigkeit auslöst und in denen weder Kampf
99 noch Flucht möglich ist, ist potentiell traumatisierend. Jede Geburt, die unter Zeitdruck und ohne ausrei-
100 chende Kommunikation stattfindet, lässt die Gebärenden und ihre Begleitpersonen hilflos zurück. Diese
101 Frauen*/Gebärende sind nicht überempfindlich, sie werden stigmatisiert. Sie erfahren psychische Ge-
102 walt, die auch als Sekundärtrauma auf ihre Familie übertragen werden kann. Berichte von zahlreichen
103 Betroffenen, vor allem im Zuge der *Roses Revolution*, zeigen jedoch, dass es sich nicht um Einzelfälle han-
104 delt. Gewalt zeigt sich hier in den unterschiedlichsten Formen. Sie berichten davon, wie sie angeschrien,
105 beschimpft oder unter Druck gesetzt wurden, ihnen das Essen oder Trinken verboten oder Gebärende
106 unter der Geburt im Kreißsaal allein gelassen wurden. Auch physische Gewalt ist ein Thema und vor al-
107 lem in einer so intimen Situation für Frauen*/Gebärende traumatisierend. Auch wenn es strittig ist, ob
108 hier von sexueller Gewalt gesprochen werden kann, ist es doch fragwürdig, wenn die verschiedensten
109 Menschen unter Stress und teilweise ohne medizinische Indikation ständig den Muttermund ertasten,
110 aufgrund von Zeitmangel Dammschnitte getätigt werden oder über den meist von Beginn an gelegten
111 Venenzugang Medikamente ohne Einverständnis verabreicht werden. Auch das Festschnallen der Beine
112 oder der Zwang das Kind in Rückenposition zu gebären schneidet die Freiheit der Frauen*/Gebärenden
113 ein. Diese völlig tabuisierte Gewaltform zeigt ein tiefgehendes, gesellschaftliches Problem. Sie zeigt die
114 Zusammenhänge auf zwischen der nachlässigen Behandlung der Geburtshilfe im Gesundheitssystem,
115 einer noch immer vorhandenen Frauen*feindlichkeit in unserer Gesellschaft und aktuellen politischen
116 Vorgängen. Qualitätsmerkmal muss in Kliniken sein, dass eine Frau*/Gebärende die Zeit bekommt, die
117 sie benötigt und jederzeit ernst genommen wird! Eingriffe, die medizinisch notwendig sind, sollen und
118 müssen natürlich durchgeführt werden, aber die wenigsten Eingriffe sind so akut, dass einem nicht kurz
119 die medizinische Notwendigkeit erklärt werden könnte. Und auch die Beschleunigung der Geburt ohne
120 Not stellt per se keinen Gewaltakt dar, wenn dies im Sinne der Schwangeren geschieht.

121 Eine Frau*/Gebärende, die von einer Geburtserfahrung traumatisiert ist, die vielleicht keine Nachsorge-
122 hebamme mehr findet, taucht in keiner Statistik auf. Die Qualität der Geburtshilfe wird anhand von Morta-
123 litätsstatistiken gemessen. Doch Folgeschäden, beispielsweise eine gestörte Mutter-Kind-Beziehung oder
124 psychische Probleme können dabei gravierend für Betroffene sein. Eine bessere Finanzierung von Ge-
125 burtsstationen würde ein besserer Personalschlüssel und so mehr Zuwendung für die Frauen*/Gebä-
126 renden bedeuten. Nur damit und mit der Enttabuisierung des Themas kann das Problem der Gewalt
127 eingedämmt werden.

128 **Zusammenfassung**

129 Wie der Antrag gezeigt hat, liegen dem Thema der Gewalt gegen Frauen*/Gebärende bei der Geburt struk-
130 turelle Probleme zugrunde. Das G-DRG-System benachteiligt ökonomisch ineffektivere Sektoren wie die
131 Geburtsstationen und sorgt so dafür, dass unterschiedliche Patient*innengruppen in Konkurrenz zuein-
132 anderstehen. Das darf aus einer jungsozialistischen Perspektive nicht sein! Es braucht eine gemeinwohl-
133 orientierte Daseinsvorsorge, die das deutsche Fallpauschalensystem durch eine wissenschaftliche, inte-
134 grierte Bedarfsplanung auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene unterstützt. Das ist dringend

135 nötig, damit nicht noch mehr Geburtsstationen geschlossen werden. Um eine gerechte Geburtshilfe mit
136 genügend Wertschätzung für die Gebärenden zu garantieren, muss der Personalschlüssel für Geburts-
137 stationen anders berechnet werden. Denn ein zu hohes Arbeitspensum führt zu einem unachtsamen
138 Umgang mit Patientinnen. Außerdem muss das Thema von physischer und psychischer Gewalt in der Ge-
139 burt enttabuisiert werden und Frauen*/Gebärende in der Gesellschaft endlich ernstgenommen werden.
140 Oftmals wird die Problematik auch von betroffenen Frauen*/Gebärende schöngeredet oder verdrängt,
141 weil der Eingriff mit etwas Positivem – der Geburt des eigenen Kindes – endet.

142 Deshalb fordern wir:

- 143 • Eine andere Berechnung von Fallpauschalen in der Geburtshilfe (u.a. darf das Kostengewicht für
144 einen Kaiserschnitt nicht höher sein als für eine natürliche Geburt). Grundsätzlich fordern wir die
145 Ersetzung oder eine grundlegende Reform des Fallpauschalensystems.
- 146 • Gewährleistung einer kontinuierlichen 1:1 Betreuung der Frauen*/Gebärenden durch eine Heb-
147 amme.
- 148 • Die angemessene Vergütung von Geburtshelfer*innen.
- 149 • Gewährleistung von wohnortnaher Versorgung von Frauen*/Gebärenden vor allem auf dem Land
150 (max. 40 Minuten Anfahrt).
- 151 • Abbau hierarchischer Strukturen in Kliniken. (Auch um Hebammen ein besseres Standing zu ver-
152 schaffen.)
- 153 • Eine Lösung für die Problematik der Haftpflichtversicherungsprämien der Hebammen durch bei-
154 spielsweise die Einrichtung eines Haftungsfonds.
- 155 • Frauen*/Gebärende, die bereits von sexualisierter Gewalt betroffen waren, bedürfen einer beson-
156 deren Betreuung während der Geburt.
- 157 • Recht auf Information, informierte Zustimmung beziehungsweise Ablehnung sowie Achtung von
158 Entscheidungen und Präferenzen, einschließlich des Rechts auf Unterstützung durch eine Person
159 der Wahl, sofern dies möglich ist.
- 160 • Die Sicherstellung von Psychosozialer/Traumapädagogischen Betreuung vor, während und nach
161 der Geburt.
- 162 • Das Garantieren einer individuellen und angemessenen medizinischen Behandlung.
- 163 • Eine echte Wahlfreiheit zwischen klinischen und außerklinischen Geburten wie beispielweise in Ge-
164 burtshäusern oder auch zu Hause, die nur durch die ausreichende Verfügbarkeit von Hebammen
165 gewährleistet werden kann.
- 166 • Einrichtung einer Institution, bei der medizinisches Personal/Hebammen/Ärzt*innen Missstände,
167 aber auch betroffene Frauen*/Gebärende ihre Erlebnisse (fehlende Betreuung/Aufklärung, Trau-
168 matisierung) anonym melden können.

F Feminismus, Gleichstellung, Diversität

F Feminismus, Gleichstellung, Diversität

F5	UB Köln	Gendergerechte und diversitätsorientierte Forschung: Gegen die Unterrepräsentation von Personengruppen in Pharmakologischen Studien	13
F7	Region Ostwestfalen-Lippe	Unterhaltsverweigerung ist kein Kavaliersdelikt!	15

F5

Gendergerechte und diversitätsorientierte Forschung: Gegen die Unterrepräsentation von Personengruppen in Pharmakologischen Studien

1 Gendergerechte Forschung und Diversität in der Forschung sind Themen, die in der breiten Öffentlichkeit
2 nicht besonders bekannt sind, aber dennoch immer wieder in den akademischen Fokus geraten.

3 (Hinweis: Im folgenden Antragstext wird in Teilen nicht mit * gegendert. Dies tun wir nicht, weil wir nicht
4 anerkennen wollen, dass es einen Unterschied zwischen sex und gender gibt bzw. mehr als nur zwei
5 Geschlechter, sondern weil aufgrund der medizinischen Thematik des Antrags an nicht mit * gegender-
6 ten Stellen vom biologischen sex Mann/Frau die Rede ist. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir
7 anerkennen, dass es auch hier nicht nur diese beiden Geschlechter gibt und sich an dem medizinisch
8 etablierten Mann-Frau etwas ändern muss.)

9 **Unsere Forderungen:**

10 Wir möchten uns mit diesem Antrag klar für geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Forschung
11 einsetzen. Wir wollen außerdem auf die vorhandenen Missstände aufmerksam machen und eine höhere
12 Sensibilität für das Thema innerhalb der Jusos erreichen.

13 Wir begrüßen, dass mittlerweile Arzneimittelstudien Männer und Frauen gleichermaßen miteinbeziehen
14 müssen und die Ergebnisse auch für die Zulassung von Medikamenten miteinbezogen werden. Dennoch
15 werden die Ergebnisse selten gesondert betrachtet. Daher sollten alle neuen Medikamente, wenn phy-
16 siologisch bedingt, auf geschlechtsspezifische Unterschiede analysiert werden.

17 Wenn nötig, sollen in Beipackzetteln die Dosierungsempfehlungen für Männer und Frauen differenziert
18 werden. Liegen Untersuchungen zu bereits entwickelten Medikamenten vor, die einen Unterschied zwi-
19 schen den Geschlechtern aufweisen, soll ebenfalls die Empfehlung angepasst werden. Dabei besonders
20 in Betracht zu ziehen sind Medikamente zur Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

21 Gendergerechte Forschung soll an allen Lehrstühlen gefördert werden, um die Grundlagenforschung in
22 diesem Gebiet voran zu bringen. Für uns ist nicht akzeptabel, dass momentan mit der Berliner Charité
23 nur ein Lehrkrankenhaus besteht, das einen eigenen Forschungsschwerpunkt für Gendermedizin aus-
24 schreibt.

25 Grundsätzlich ist die Einteilung von Männern* und Frauen* in diesen Studien zu hinterfragen, da sie
26 oft eher nach Evidenzen für diese vermeintliche Binariät suchen, anstatt konstruktive medizinische For-
27 schung für die Vielfältigkeit an Körpern zu betreiben. Zu dieser Kritik gehört auch das Arbeiten mit veral-
28 teten Vorannahmen über Geschlechter und geringen Signifikanzen.

29 **Unterschiede zwischen dem Sex Mann und Frau: Gibt es das überhaupt?**

30 Lange Zeit hat man auch in der Forschung geglaubt, es reiche Studien nur an Männern durchzuführen
31 und die Ergebnisse einfach auf den biologisch eher weiblichen Körper zu übertragen. So groß könnten
32 die Unterschiede ja nicht sein?

33 Dies stellte sich als falsch heraus - mit fatalen Folgen. Physiologische Begebenheiten können bei Frauen
34 anders sein. Generell unterscheiden sich körperliche Verfassungen bei Menschen so stark, dass Studien,

35 die sich vorwiegend an weißen Männern orientieren, kein umfassendes Bild von körperlichen Verfassun-
36 gen geben können. Die Aufnahme, Verstoffwechslung und Ausscheidung, also die sogenannte Pharma-
37 kokinetik, unterscheidet sich je nach Arzneimittel sehr stark, aufgrund von unterschiedlichen Enzymak-
38 tivitäten im Körper. Außerdem sind Frauen häufig kleiner, leichter und haben weniger Muskelmasse als
39 Männer. Dieser unterschiedliche Körperbau wirkt sich auch auf die Pharmakokinetik aus.

40 Dazu kommen Unterschiede im ansozialisierten Verhalten von Frauen* und Männern* in Bezug auf die
41 Therapieeinhaltung, die sogenannte Adhärenz. Die Wahrnehmung von Körper und Krankheit kann bei
42 Frauen* und Männer* sehr verschieden sein, Frauen* gehen z.B. häufiger zum*zur Arzt*Ärztin und zeigen
43 insgesamt eine höhere Adhärenz.

44 Aber warum wurden Frauen und Frauen* in Arzneimittelstudien so lange vernachlässigt?

45 **Frauen in Phase 1-Studien**

46 Es gibt dafür einen Grund und dieser hängt eng zusammen mit dem Contergan-Skandal in den 60er Jah-
47 ren. Der Wirkstoff Thalidomid verursacht, wenn schwangere Personen ihn einnehmen, Fehlbildungen
48 der Extremitäten beim heranwachsenden Kind. Dies war auch der Fall, wenn der Wirkstoff Jahre vor der
49 Schwangerschaft eingenommen worden war. In den Studien an Tieren war dies nicht entdeckt worden.
50 Erst nachdem mehrere Fälle publik wurden, wurde die Abgabe von Thalidomid gestoppt.

51 Durch die Angst vor weiteren ähnlichen Fällen sowie vor Regressansprüchen wurden Frauen in den 70er
52 und 80er Jahren komplett aus Phase-1-Studien verbannt.

53 Erst in den 90er Jahren fand langsam wieder ein Umdenken statt. In dieser Zeit wurden jedoch viele der
54 heute gängigen Arzneimittel gegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen entwickelt.

55 **Herz-Kreislauf-Medikamente und ihre Wirkung bei Frauen**

56 Hier zeigen sich besonders gravierende Unterschiede: Zum Beispiel wurde der Effekt von ASS in der Pri-
57 märprävention nur bei Männern nachgewiesen. Bei den Blutfettsenkern, den Statinen, sieht es ähnlich
58 aus. Bei den blutdrucksenkenden ACE-Hemmern wurde sogar nachgewiesen, dass diese bei Frauen viel
59 stärker wirken als bei Männern. Dies kann bei Frauen zu lebensgefährlichen Hypotonien, also besonders
60 niedrigem Blutdruck, führen.

61 Trotzdem gehören diese Gruppen zu den am meisten verschriebenen Medikamenten weltweit.

62 Eine Anpassung der Empfehlungen ist daher unumgänglich.

63 **Fehlende Diversität der Altersgruppen** Menschen ab 65 Jahre müssen ebenfalls mit in Studien einbe-
64 zogen werden. Die Lebenserwartung wird immer höher, doch die Forschung hat sich dem noch nicht an-
65 gepasst. Ältere Menschen sind sehr oft in Studien unterrepräsentiert, dabei ändert sich der Stoffwechsel
66 im Alter. Daher wäre auch hier eine differenzierte Dosierungsempfehlung notwendig.

67 **Fazit**

68 Für uns ist klar: Dieses Thema braucht mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und ein Umdenken in
69 der medizinischen Forschung. Die oben genannten Forderungen sind wichtig für eine gleichberechtigte
70 Gesellschaft, in der die Gesundheit aller oberstes Gut ist.

Unterhaltsverweigerung ist kein Kavaliersdelikt!

1 1,55 Millionen Menschen leben in Deutschland alleine mit minderjährigen Kindern im Haushalt. Dies
2 bringt für die betreffende erziehende Person eine Reihe von nicht zuletzt finanziellen Herausforderun-
3 gen mit sich. Der höhere Zeitaufwand für die Erziehung verhindert häufig die Aufnahme einer Vollzeit-
4 beschäftigung, was in der Konsequenz oft im Bezug von Arbeitslosengeld II als Hauptgeldquelle oder als
5 Aufstockung führt. Auch aufgrund dieser schwierigen finanziellen Lage, sind insbesondere die betroffe-
6 nen Kinder auf Unterhaltszahlungen des weiteren Elternteils angewiesen, um die Ausgaben für Kleidung,
7 Bildung und den täglichen Bedarf zu decken. Dabei kommt es bei 780.000 Alleinerziehenden dazu, dass
8 entweder nicht oder nicht regelmäßig oder nicht in der vereinbarten Höhe gezahlt wird. In diesem Fall
9 springt der Staat ein und zahlt den Betroffenen den sogenannten Unterhaltsvorschuss. Je nach Alter des
10 Kindes beträgt dieser zwischen 160€ und 282€ pro Monat und wird bis zur Vollendung des 18. Lebens-
11 jahrs gezahlt. Bis es vor einigen Jahren geändert wurde, wurde die Summe nur bis zur Vollendung des 12.
12 Lebensjahrs ausgezahlt. Diese an sich sinnvolle Reform zur Entlastung von Alleinerziehenden geht finan-
13 ziell allerdings zulasten der lokalen Kommunen. Alleine in NRW zahlen diese 32,5 Millionen Euro mehr als
14 vorher, obwohl der prozentuale Anteil an den Vorschüssen im Vergleich zu Land und Bund sogar gesun-
15 ken ist.

16 Man sollte meinen, dass dieser „Vorschuss“ im Nachgang vom säumigen unterhaltspflichtigen Elternteil
17 zurückgefordert wird, um nicht die Gesellschaft dafür haftbar zu machen. Dies ist mitnichten der Fall. Nur
18 13% der Forderungen werden beglichen, der Rest nicht. Konkret bedeutete das für 2018 beispielsweise
19 Kosten für den Staat in Höhe von 2,1 Milliarden Euro, demgegenüber standen 270 Millionen Euro an wie-
20 dergeholtem Geld. Dies liegt zum einen daran, dass das Einkommen schlicht nicht dazu ausreicht und
21 unter der Grenze, ab der man zahlungspflichtig ist, liegt. Zum anderen aber auch an dem schlicht feh-
22 lenden Willen, das andere Elternteil finanziell zu unterstützen, zur Not auch auf dem Rücken des betrof-
23 fenen Kindes. Durch Umzug ohne Mitteilung der neuen Adresse, Schwarzarbeit, Zahlungsverweigerung,
24 Ausnutzen der mangelhaften Verwaltung der Forderungen bei den Behörden werden viele Möglichkeiten
25 genutzt, um sich vor den Unterhaltszahlungen zu drücken.

26 Diese Thematik hat neben der finanziellen auch noch eine geschlechtliche Komponente: Von 1,55 Millio-
27 nen Alleinerziehenden sind 1,36 Millionen Frauen, 91% aller säumigen Unterhaltspflichtigen sind Männer.

28 Zur Bekämpfung von unberechtigter Nichtzahlung von Unterhaltsansprüchen an Ex-Partner*innen und
29 dem Ausnutzen des Unterhaltsvorschusses für den eigenen finanziellen Vorteil fordern wir daher:

- 30 • Sensibilisierung von Behörden für diese Problematik und Austausch mit Verbänden von Alleiner-
31 ziehenden
- 32 • Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung können die zuständigen Kommunen die Kompe-
33 tenzen an das Finanzamt übertragen. Darüber sollen die entsprechenden Stellen mit mehr Perso-
34 nal ausgestattet werden.
- 35 • Eine Übertragung der Kompetenz ist nur in Absprache mit dem entsprechenden Finanzamt mög-
36 lich. Die Antragstellung muss weiterhin einheitlich beim jeweiligen Jugendamt stattfinden, um eine
37 entsprechende Transparenz für die Betroffenen zu gewährleisten. Im Falle einer Übertragung wer-
38 den die entsprechenden Jugendämter an den wieder eingeholten Zahlungen beteiligt.
- 39 • Erweiterte Nachweispflichten der Unterhaltspflichtigen über Zahlungsunfähigkeit

- 40 • Eine Evaluation des Mittels des Kontenabrufverfahrens. Zu prüfen wäre, inwieweit ein Verzicht
41 auf die Ankündigung eines solchen Verfahrens den Schuldner*innen gegenüber verhältnismäßig
42 wäre, um ihnen die Möglichkeit zu nehmen, bisher versteckte Konten prophylaktisch zu leeren.

I Innenpolitik, Demokratie

I Innenpolitik, Demokratie

17	Region Ostwestfalen- Lippe	Ausweitung des Haar und Barterlasses der Bundeswehr	18
----	----------------------------------	---	----

Ausweitung des Haar und Barterlasses der Bundeswehr

- 1 Wir fordern eine sofortige Revision und Ausweitung des Haar und Barterlasses, sodass auch Männer*
- 2 mit langen Haaren und langem Bart, sei es aus religiösen oder persönlichen Gründen, den Dienst bei der
- 3 Bundeswehr antreten können. Sicherheitsaspekte wie ABC-Schutz oder die abnehmende Seh- und Hörfä-
- 4 higkeit der Soldat*innen haben allerdings bei allen Veränderungen des Haar- und Barterlasses Vorrang.

O Organisationspolitik

O Organisationspolitik

O1	UB Köln	SPD-Portal - Transparenz mit diesem Neuland Internet	20
----	---------	--	----

O1

SPD-Portal - Transparenz mit diesem Neuland Internet

1 Wir fordern die Bereitstellung einer einheitlichen SPD-Plattform und die Einrichtung einer hauptamtlichen
2 Stelle im WBH zur Betreuung und Weiterentwicklung der Plattform. Zwar ist diese Maßnahme seit länge-
3 rem angekündigt, bisher jedoch nicht in wünschenswerter Art und Weise umgesetzt. Folgende Funktionen
4 und Mehrwerte wünschen wir uns für ein Social Intranet der SPD:

5 **Kalenderfunktion**

6 Es soll individuell einzustellen sein, von welchen Ortsvereinen, Stadtbezirken, Unterbezirken, Kreisen oder
7 Ländern etc. der SPD und den Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen man sich Termine und Meldungen
8 anzeigen lassen kann.

9 **Umsetzung von Regierungsprogrammen**

10 Entsprechend der individuellen Auswahl kann von der ausführenden Stelle der Sachstand zur Umsetzung
11 von Zielen aus Regierungsprogrammen der jeweiligen Ebenen dokumentiert werden.

12 **Umsetzung von Beschlüssen und Antragsarchiv**

13 Es soll ein zentrales Archiv zu Beschlüssen und Anträgen der SPD und deren Arbeitsgemeinschaften einge-
14 richtet werden. Zu allen Anträgen ist bis zum Abschluss zu pflegen, welchen Weg ein Antrag gegangen ist
15 sowie welchen Sachstand die Umsetzung eines Antrags hat. Dies könnte durch die gerade bearbeitende
16 Stelle zu pflegen sein.

17 **Satzungen und Vorlagen (inkl. lizenzfreiem Bildmaterial)**

18 Es sollen die entsprechend der individuellen Auswahl Satzungen und Geschäftsordnungen zur Verfügung
19 gestellt werden. Darüber hinaus Vorlagen zu bspw. Stimmzetteln für Mitgliederversammlungen oder Vor-
20 lagen für Schriftverkehr. Auch macht es Sinn, einen Pool an für Nutzer*innen lizenzfreiem Bildmaterial
21 vorzuhalten.

22 **Shop**

23 Zu Wahlkampfzwecken soll ein Shop zur Verfügung stehen, wie zur Zeit schon umgesetzt.

24 **Meinungsbilder**

25 Über die Website könnten Meinungsbilder auf jeder Ebene und nach Ebenen aufgeschlüsselt zu bestimm-
26 ten Fragen eingeholt werden. Bspw. auch, welche Thematik aus Sicht der Genoss*innen prioritär ist (Ver-
27 kehr/Mobilität, Digitalisierung, Integration/Migration, etc.).

28 **Ansprechpartner*innen von Organisationseinheiten**

29 Neue Genoss*innen sollen ihre Ansprechpartner*innen leicht auffinden können und nicht abhängig da-
30 von sein, dass sich jemand bei ihnen meldet. Auch innerhalb der SPD und Arbeitsgemeinschaften ist eine
31 Vernetzung auf diesem Weg einfacher.

32 **Barrierefreiheit**

33 Das Portal muss in jeder Hinsicht barrierefrei sein.

34 **Vorstellung kreativer Formate von Veranstaltungen und weiteren Aktionen**

35 Es könnten kreative Formate innerhalb der SPD vorgestellt und beworben werden. Die Initiator*innen
36 könnten jeweils schildern, wie sie diese organisiert haben und welche Lessons Learned es jeweils gab.

37 **Bildungsprogramme**

38 Eine Bereich in dem interessante Schulungsmaßnahmen verlinkt sind und das Angebot nach Themen
39 geordnet ist.

40 **Lebenslagenportal**

41 Alle Inhalte könnten gemäß dem Konzept eines Lebenslagenportals aufgebaut sein. Mögliche Lebensla-
42 gen wären:

43 a) Für eine*n Wahlkampfmanager*in -> Welches Material bekomme ich für wie viel Geld woher? Kann ich
44 mich Bestellungen im Umfeld anschließen? Wie organisiere ich mich und den Wahlkampf?

45 b) Für eine*n Wahlkämpfer*in -> Wo gibt es Angebote zum Training von Gesprächen an Bürger*innen-
46 ständen/mit Bürger*innen? Welche Arten von Wahlkampf gibt es überhaupt?

S Sozial- und Gesundheitspolitik

S Sozial- und Gesundheitspolitik

S4	UB Köln	Trinkwasser verfügbar machen	23
S7	UB Märkischer Kreis	Homöopathie raus aus der Kasse!	24
S9	Region Ostwestfalen-Lippe	Alleinerziehende steuerlich nicht vernachlässigen - Pauschalisierung des Entlastungsbetrages	25
S10	Region Ostwestfalen-Lippe	„Was kann ich dafür, dass ich in einer Pflegefamilie großwerde?“	26

S4

Trinkwasser verfügbar machen

- 1 Das Vorhaben des EU-Parlaments wird unterstützt, Leitungswasser noch sauberer und verfügbarer für
- 2 alle Bürger*innen der EU zu gestalten.
- 3 Denn Wasser ist Menschenrecht und muss für alle zugänglich gemacht werden.
- 4 Jedoch gibt es noch einen weiteren wichtigen Punkt, warum es wichtig ist den Zugang zu sauberem Lei-
- 5 tungswasser zu erweitern und sicherzustellen. Obwohl Leitungswasser jetzt schon in Deutschland das
- 6 am besten kontrollierte Lebensmittel überhaupt ist, kaufen die meisten Menschen in Deutschland Was-
- 7 ser in Flaschen. Dieses bringt eine unnötige Umweltbelastung mit sich, welche ca. 3,5 mal so hoch ist,
- 8 als Leitungswasser aus dem Hahn [1] . Dies kommt zum einen durch die Verpackung zustande, welche
- 9 meist nicht recycelt wird und zur Herstellung viele Rohstoffe benötigt. Zum anderen werden die Flaschen
- 10 in den meisten Fällen aus anderen Ländern und sogar Kontinenten zur Verbraucher*in transportiert, was
- 11 ebenfalls hohe Umweltbelastungen mit sich bringt. Immer wieder werden Fälle von großen Lebensmittel-
- 12 unternehmen bekannt, welche durch das Aufkaufen von Nutzungsrechten an lokalen Wasservorkommen
- 13 ganzen Regionen und Dörfern den Zugang zu Wasser versperrt haben. Als sozialistischer Richtungsver-
- 14 band fordern wir daher: Grundversorgung darf nicht privatisiert werden, sondern gehört in die öffentliche
- 15 Hand! Menschenrecht auf Wasser für alle! Leitungswasser ist Trinkwasser und spart dabei eine Menge
- 16 Kosten und Mühen. Für einen Liter aus der Leitung zahl man im Schnitt 0,2 Cent, für Flaschenwasser
- 17 müsste man hingegen fast das 250-fache zahlen. Das sehen wir nicht ein und wollen uns für die Förde-
- 18 rung von Leitungswasser als Trinkwasser auf Verbands-, und Parteiebene einsetzen. Deswegen fordern
- 19 wir:
- 20 • Verpflichtende Angabe der Wasserquelle auf Flaschenwasser
- 21 • öffentliche Einrichtungen müssen Zugang zu Leitungswasser gewähren
- 22 • Unterstützung der Kampagne Refill: "Läden mit dem Refill Aufkleber am Fenster oder der Tür füllen
- 23 kostenfrei Leitungswasser in jedes mitgebrachte Trinkgefäß." ([https://refill-deutschland.de/was-](https://refill-deutschland.de/was-ist-refill/leitgedanken-refill/)
- 24 [ist-refill/leitgedanken-refill/](https://refill-deutschland.de/was-ist-refill/leitgedanken-refill/))
- 25 • Ausbau von öffentlich zugänglichen Trinkbrunnen auf kommunaler Ebene
- 26 • Bildungsarbeit über die Wichtigkeit von Leitungswasser als Trinkwasser"
- 27 [1] Studie des Interessenverbands Schweizer Wasserversorger (SVGW)

Homöopathie raus aus der Kasse!

- 1 Aktuell werden homöopathische Behandlungen von vielen gesetzlichen Krankenkassen übernommen.
- 2 Jedoch haben homöopathische Mittel, die klar von Mitteln der Naturheilkunde abzugrenzen sind, keine
- 3 Wirkung, die über den Placebo-Effekt hinausgeht.
- 4 Dieser wissenschaftliche Fakt wird von den Krankenkassen auch nicht abgestritten, jedoch erfreuen sich
- 5 homöopathische Behandlungen einer Beliebtheit, so dass viele Krankenkassen diese Leistungen trotz-
- 6 dem übernehmen, da sie sich erhoffen, somit mehr Beitragszahler*innen für sich gewinnen zu können.
- 7 Ebenso erwirtschaften dadurch die Konzerne, die homöopathische Mittel herstellen, große Gewinne mit
- 8 unwissenschaftlichen Aussagen und Versprechungen.
- 9 Ein solcher Zustand ist für uns untragbar, da es viele andere und tatsächlich wirksame Leistungen gibt, die
- 10 eben nicht übernommen werden. Gleichzeitig ist die Anamnese bei homöopathischer Behandlung durch
- 11 Selektivverträge der Krankenkassen auch für Ärzte selbst viel lukrativer.
- 12 Dazu zählen zum Beispiel Brillen, die erst ab einer außerordentlich starken Sehschwäche übernommen
- 13 werden, so dass viele Beitragszahler*innen für ihre Brillen selber aufkommen müssen. Ein weiterer Fall
- 14 sind nicht-übernommene Therapien für Menschen mit schweren Behinderungen.
- 15 Zudem lastet auf medizinischem Personal ein immer größer werdender Kostendruck, der, ebenso wie
- 16 die steigende Arbeitsverdichtung, in erster Linie den Patient*innen schadet. Freiwerdende Mittel sollten
- 17 deshalb auch für den Ausbau einer patient*innenorientierten medizinischen Betreuung zur Verfügung
- 18 gestellt werden.
- 19 Wir lehnen daher die Übernahme jeglicher homöopathischer Behandlungen von gesetzlichen Kranken-
- 20 kassen ab.

S9

Alleinerziehende steuerlich nicht vernachlässigen - Pauschalisierung des Entlastungsbetrages

- 1 Wir fordern, dass der §24b des Einkommensteuergesetzes geändert wird. Das Gesetz soll den Entlastungsbetrag nicht an die Zugehörigkeit eines Kindes an die Wohnung, sondern an das Alter des Kindes knüpfen.
- 2
- 3 Die Altersbegrenzung soll bei 25 Jahren liegen.

S10

„Was kann ich dafür, dass ich in einer Pflegefamilie großwerde?“

1 „Was kann ich dafür, dass ich in einer Pflegefamilie großwerde?“ – so könnten viele Jugendliche fragen,
2 nachdem sie ihre erste Gehaltsabrechnung erhalten haben. Die Antwort auf diese rhetorische Frage lau-
3 tet natürlich „Nichts“ und so schließt sich die Frage nach der Berechtigung von finanzieller Benachteilig-
4 ung von über 200.000 Kindern und Jugendlichen in Betreuten Wohneinrichtungen oder Pflegefamilien
5 an. Wenn diese in ihrer Jugend ihr Taschengeld aufbessern und durch arbeiten neben der Schule etwas
6 hinzuverdienen wollen oder während ihrer Ausbildung eine Ausbildungsvergütung erhalten, wird dieses
7 Geld bis zu 75% einbehalten. Durch ein intransparentes und willkürliches Antragsverfahren gibt es mitt-
8 lerweile zwar die Möglichkeit, mehr einzubehalten. Diese reicht aber bei weitem nicht aus, da sie sich
9 auf Jobs beschränkt, die im sozialen oder kulturellen Bereich bestehen oder „dem Zweck der Jugendhilfe
10 dienlich“ sind.

11 Junge Menschen, die schon von vorneherein mit Herausforderungen zu kämpfen, die die meisten in ih-
12 rem Alter glücklicherweise nicht haben, werden also zusätzliche Hürden auf dem Weg in die finanzielle
13 Selbständigkeit und berufliche Bildung aufgestellt. Ihnen wird vermittelt, dass ihre Arbeit nur 25% von
14 dem wert ist, als wenn sie jemand anderes machen würde, und dass es sich somit kaum lohnt, diese Ar-
15 beit zu ergreifen. Ein Ausweg aus dieser Situation ist Schwarzarbeit, die natürlich nicht abzugsfähig ist,
16 ein anderer, sich nicht um Arbeit oder Ausbildung zu bemühen, und ein weiterer, es doch zu tun und sich
17 von der geringen Bezahlung frustrieren lassen.

18 Das können aus unserer Sicht keine Alternativen oder Perspektiven für motivierte junge Menschen sein,
19 denen wir einen guten Start ins Arbeitsleben ermöglichen wollen. Darum fordern wir:

- 20 • Eine Streichung der Heranziehung der Einkommen von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien
21 oder Betreuten Wohneinrichtungen
- 22 • Sollte es keine Möglichkeit zur kompletten Streichung geben, soll es eine Streichung der Voraus-
23 setzungen bzgl. der Art der Tätigkeit geben. Ansonsten ist diese Forderung obsolet.